BOLSCHEWIK 4

Gruppe Spartakus

Nr. 1 Mai 1992 DM 1,50

Nazi-Terror und Rassismus in der BRD

Faschistische Überfälle vor allem auf Immigranten, Schwule, Lesben und Linke finden mittlerweile täglich in Deutschland statt. Immer brutaler gehen die Nazis vor und sie haben Zulauf. Zum faschistischen Spektrum in der BRD sind Hunderte von Organisationen zu zählen, das von legalen über halblegale bis hin zu militärisch organisierten Untergrundabteilungen reicht. Rechtsradikale Parteien wie die Republikaner und DVU lassen ihre Veranstaltungen von Skinhead-Schlägern schützen. Gleichzeitig dienen sie selbst als Rekrutierungsfeld für Organisationen wie die FAP oder Deutsche Aktion, die auf die bundesweite Koordinierung des faschistischen Terrors abzielen. Die Wahlerfolge von DVU und Republikanern bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sind eine ernste Warnung. Noch haben die deutschen Faschisten keine zentrale Führung herausgebildet, doch es gelingt ihnen, relativ unbehelligt vom bürgerlichen Staatsapparat, ihr Netz zunehmend enger zu knüpfen. Der einwöchige Angriff auf das Immigrantenwohnheim in Hoyerswerda war nur durch eine zentrale Organisierung möglich.

Der Linken und Arbeiterbewegung muß es gelingen, das braune Pack in die Schranken zu weisen, bevor sich die Faschisten zu einer Massenbewegung entwickeln können.

Die kapitalistische Wiedervereinigung und der deutsche Nationalismus

"*Wir* sind das Volk", lautete die herausragende Parole der Demonstrationen in der DDR im Herbst 1989, wobei die Betonung des "wir" gegen das Machtmonopol der stalinistischen Bürokratie gerichtet war. Der deutschen Bourgeoisie gelang es in einer beispiellosen Kampagne und Dank der Unterstützung von SPD und GRÜNEN/Neues Forum, die ursprüngliche Protestbewegung ohne klares Ziel zu einer Wiedervereinigungs-Bewegung ("Wir sind *ein* Volk!") zu wandeln.

Noch Mitte der 80er Jahre war es der NPD vorbehalten, mit "Ein-Herz-für-Deutschland"-Aufklebern zu werben. Anfang 1990 ist der Spruch zusammen mit Deutschland-Flaggen zu einer weitverbreiteten Auto-Verzierung geworden. Seit die deutsche Bourgeoisie ihre ökonomische (und politische) Weltmachtstellung wiedererlangt hat und darauf aus ist, verlorenes Territorium zurückzugewinnen, kann auch der Vaterlandsstolz wieder offen zur Schau getragen werden.

Die kapitalistische Wiedervereinigung erhob den deutschen Nationalismus zur antikommunistischen Bürgerpflicht.

Doch die Zerstörung der ehemaligen DDR-Wirtschaft mit den Folgen von Massenarbeitslosigkeit, Reallohnabbau und Ost-West-Lohngefälle dämpfte die Wiedervereinigungs-Euphorie. Die zunehmenden Proteste gegen die Roßkur "Anschluß" führten in allen Teilen der Bourgeoisie zu Befürchtungen, daß der "soziale Friede" gefährdet sei.

> "So konnte es wirklich nicht weitergehen: Alle Welt redete nur noch von Inflation und Rezession, höheren Schulden und höheren Steuern ... die Wähler wandten sich in Scharen der Opposition zu. Es mußte etwas geschehen. Und es geschah: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble schob ein neues Thema ins Rampenlicht der Öffentlichkeit ...: die Asylantenfrage" (Wirtschaftswoche 16.08.91).

Der staatlich initiierte Rassismus soll als Ventil für die Verzweiflung über Verelendung und Existenzangst dienen. Das ist der soziale und politische Boden auf dem die Faschisten wachsen. "Wir sind *das* Volk!" lautet deren Parole, und sie schlagen dazu im Takt ihren Opfern die Schädel ein. Mit ihren brutalen Angriffen setzen sie in die Tat um, was im staatlich geschürten Rassismus bereits angelegt ist.

Die bürgerlich-demokratische BRD und die Faschisten

Mit Äußerungen wie "verständlicher Unmut der Bürger gegen Armutsflüchtlinge" versuchen Regierung und Medien das Ausmaß des Nazi-Terrors herunterzuspielen. Die Passivität der Staatsorgane geht selbst manchem bürgerlichen Schreiberling zu weit. Polizeilicher Schutz von Nazi-Aufmärschen ist die Regel, wobei antifaschistische Demonstranten als "Links-Terroristen" diffamiert und für Schlagstockeinsatz und Verhaftung freigegeben werden.

Die weitgehende Duldung der Faschisten durch den bürgerlichen Staat und die Tatsache, daß Nationalismus und Rassismus von der Parlamentstribüne aus geschürt werden, kann zu dem Trugschluß führen, den BRD-Staat selbst als tendenziell faschistisch zu charakterisieren. Doch Kapitalismus führt nicht notwendigerweise zu Faschismus. Obwohl beides, Faschismus und bürgerliche Demokratie, Formen bürgerlicher Herrschaft sind, schließen sie sich gegenseitig aus. Die Demokratie ist für die Bourgeoisie in Zeiten des relativen Klassenfriedens die bevorzugte Form der Machtausübung. Mit ihr können die Interessen des Großkapitals direkter durchgesetzt werden; die Herrschaftsverhältnisse werden so weitaus effektiver verschleiert. Ein Proletariat, das der Illusion der demokratischen Mitbestimmung anhängt, ist problemloser zu beherrschen und reibungloser auszubeuten. Verliert die Arbeiterklasse diese Illusionen und organisiert sich gegen diesen Staat, ist die Klassenherrschaft der Bourgeoisie gefährdet. Das Kapital läßt dann die bürgerlich-demokratische Herrschaftsvariante fallen und läßt die Faschisten gewähren. Trotzki, der besonders entlang der deutschen Ereignisse vor 1933 die Grundlage und Funktion des Faschismus analysierte, schrieb dazu:

> "Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die 'normalen' militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat" (Trotzki, Was nun? - Schicksalsfragen des deutschen Proletariats).

Dieses Grundverständnis über das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und Faschismus ist für die Linke und Arbeiterbewegung von zentraler Bedeutung. An anderer Stelle schrieben wir in diesem Zusammenhang:

> "Faschismus bedeutet die terroristische Herrschaft der Monopolbourgeoisie, die durch die faschistische Massenpartei organisiert wird und sich gründet auf die Zertrümmerung der Arbeiterbewegung einschließlich der Liquidierung der bürgerlich parlamentarischen Demokratie. *Aktuell* ist das deutsche Großkapital nicht gezwungen, seine politischen Geschäfte faschistischen Abenteurern zu überlassen, da bis dato die Einbindung der Arbeiterklasse vor allem über SPD und DGB-Bürokratie zur vollsten Zufriedenheit funktioniert. Faschismus und Demokratie sind sich *gegenseitig ausschließende* Formen bürgerlicher Herrschaft, wie Trotzki analysierte. Ein schleichender Übergang von der einen zur anderen Form, eine 'Faschisierung', kann nicht stattfinden. Ein solcher Begriff dient vielmehr zur Desorientierung der Arbeiterklasse bei der Einschätzung von Entwicklungen im bürgerlichen Lager" (Trotzkistisches Bulletin Nr. 1 / Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung).

BRD = Viertes Reich?

In Zeitungen der imperialistischen Konkurrenten des BRD-Kapitals (Le Monde, Guardian, New York Times) ist in letzter Zeit häufiger die Bezeichnung "Viertes Reich" zu lesen, wenn über die neue Stärke des deutschen Imperialismus räsonniert wird. Der Begriff des "Vierten Reichs" ist darauf angelegt, eine Parallele zum Dritten Reich aufzuzeigen. Er ist Ausdruck der realen Befürchtungen anderer Bourgeoisien, vom deutschen Kapital erneut die besten Bissen weggeschnappt zu bekommen. In Deutschland taucht der Begriff des "Vierten Reichs" vor allem in der Linken auf. Hier ruft er folgende Assoziation hervor: Faschismus, Massenterror und Unterdrückung. Der gewünschte Effekt ist dabei klar: Viertes Reich = faschistische BRD.

BOLSCHEWIK 4
Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz
Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
W-1000 Berlin 21
Erscheint im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: M. Martin, W-1000 Berlin 62
Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)
Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107
Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

Nun gibt es zweifellos eine Kontinuität vom Dritten Reich zu seinem Rechtsnachfolger BRD: Thyssen, Krupp und Daimler Benz, die unter den Nazis florierten, existieren bis heute; BRD-Politiker mit SS-Vergangenheit sind keine Seltenheit; Kohl präsentierte jüngst wieder antisemitische Tradition beim Treffen mit Kriegsverbrecher Waldheim; Mielke wird auf der Grundlage von SS-Anklageschriften der Prozeß gemacht; die Ärztevereinigung Hartmannbund, in der jahrzehntelang KZ-Ärzte ihren Platz einnehmen durften, versucht, die Zulassung der Ärzte aus der ex-DDR zu verhindern. Dies alles wie auch unveränderte Gesetze des Dritten Reichs oder der Grundgesetz-Bezug auf die Grenzen von 1937 zeigen, daß die Klassenherrschaft in Deutschland die gleiche ist wie 1933. Das bedeutet aber noch nicht, daß der Faschismus herrscht. Faschismus ist kein "Privileg" einer bestimmten Nation; Faschismus ist eine besondere Herrschaftsform der Bourgeoisie.

Die vorgeblich trotzkistische Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), die Trotzkis Schrift "Was nun?" eigens schult und es von daher besser wissen müßte, betreibt eine Propaganda, die den ultralinken Schluß nahelegt, daß die faschistischen Angriffe und die Bonner Asylpolitik als ein Ausdruck der faschistischen Entwicklung der BRD insgesamt zu sehen seien.

> "Die Antwort von CDU/SPD/GRÜNEN auf den eskalierenden rassistischen Terror sind KZs und Aufnahmestopps für Asylsuchende" (Spartakist 90).

Die SpAD übergeht somit den Unterschied zwischen der aktuellen rassistischen Praxis der Sammellager für Asylbewerber und den faschistischen Konzentrationslagern wie Auschwitz. Sie polemisiert gegen einen "Reichskanzler" Kohl ("Der Mann, der Führer sein möchte") und gegen die SPD als Partei des "'demokratischen' Vierten Reichs".

Arbeiterkämpfe im Würgegriff der Sozialdemokratie

Bolschewik 1. Mai-Ausgabe

Aktuelle Analyse der Verratspolitik von SPD- und DGB-Führung vor dem Hintergrund der verschärften Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse im Osten und Westen.

Zu beziehen über Redaktionsanschrift (DM 0,50 + Porto DM 1,- in Briefmarken beilegen; für Abonnenten kostenlos)

Der Begriff "Viertes Reich" für die um fünf Bundesländer erweiterte BRD verschleiert den existierenden Widerspruch zwischen demokratischer und faschistischer Herrschaft der Bourgeoisie. Ob gewollt oder nicht führt er in der Konsequenz zu einer Verharmlosung des Faschismus, bzw. zu einer Fehleinschätzung der aktuellen Kräfteverhältnisse. Denn wenn die BRD heute schon das (faschistische) Vierte Reich darstellt, was soll da noch Schlimmeres kommen? Wenn sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführung im "Vierten Reich" selbst den Rassismus schüren, warum sollten dann noch deren Veranstaltungen gegen Nazi-Überfälle verteidigt werden oder warum sollte dann überhaupt noch in den Gewerkschaften gegen die rassistische Führung gekämpft werden? Wie und warum überhaupt noch bürgerliche demokratische Rechte verteidigen?

Die deutsche Arbeiterbewegung ist schon einmal mit der gleichen Fragestellung konfrontiert worden. Mit der Sozialfaschismustheorie verbreitete die KPD vor 1933 unter den Arbeitern, daß die SPD mit der NSDAP gleichzusetzen sei. Damit machte die KPD das notwendige gemeinsame Vorgehen von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern unmöglich und überließ die Masse der SPD-Anhänger ihrer zurückweichenden Führung - das gespaltene Proletariat wurde von den Faschisten besiegt. Zwar versucht heute noch keine Strömung in der Linken, die vom Vierten Reich spricht, konsequent eine ultralinke Politik umzusetzen - doch aufgrund der falschen programmatischen Herangehensweise müssen diese Organisationen beim Kampf gegen den Faschismus scheitern.

Die Kollektivschuld und die Linke

Die Faschisierungslogik des "Vierte Reich"-Begriffs ist nicht der einzige falsche Ansatz in der Linken, das Anwachsen der Faschisten zu erklären. Über 40 Jahre benutzten die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Vertreter in der Arbeiterbewegung die Kollektivschuldlüge, um die Verantwortung für den Hitler-Faschismus auf die deutsche Nation insgesamt abzuwälzen. Auf diese Weise lenkten sie von der eigenen Verantwortung ab. Nach wiedererlangter imperialistischer Stärke der BRD verweisen heutzutage deutsche Demokraten wie Genscher und Weizsäcker nur noch auf die "besondere deutsche Verantwortung", um internationale Bundeswehreinsätze diplomatisch vorzubereiten.

In der Linken hält sich dagegen unausgesprochen die "Kollektivschuld-These", die als eine Art "marxistische" Grundanschauung übernommen wurde. Faschismus wird nach wie vor v.a. als "Problem der Nation" (insbesondere der deutschen) verstanden. Standpunkte wie sie ein PDS-Genosse flott zum besten gibt, sind durchaus nicht nur in dieser Partei zu finden:

> "Hoyerswerda sprechen wir schon so gelassen aus wie Waldsterben oder Golfkrieg. Dabei helfen wir gerade das IV. Reich mit aufzubauen. ... Das Erschreckende aber ist, ... daß uns garnicht mehr auffällt, daß unsere gesamte Gesellschaft diesem eben nicht historischen Mief erliegt" (Die Rote Luzi 2).

Auch eine Organisation wie die aus dem Kommunistischen Bund/Arbeiterkampf hervorgegangene Minderheit "Gruppe K" beobachtet in der BRD einen "nationalen Konsens des vierten Reichs". Die vorhan-

dene Sichtweise vom "schlechten Deutschen" ist eine Altlast in der deutschen Linken, die sie vom "bürgerlichen Antifaschismus" übernommen hat und die auch heute zu falschen Antworten führt. So setzt sich die "Gruppe K" einerseits angenehm von den Vertretern einer "humanen Asyl- und Einwanderungspolitik" ab und bringt die Halbheiten der demokratischen Ausländerfreunde auf den Punkt. Andererseits jedoch kann sie diesen Vertretern des "Anderen Deutschland" lediglich die Parole "Nie wieder Deutschland!" entgegenstellen - in der Hoffnung, damit dem "Kollektiv" zu entkommen. Am 3. Oktober 1990, als der Anschluß der DDR vollzogen wurde, demonstrierte die Linke unter diesem Slogan ihre eigene Hoffnungslosigkeit angesichts einer Entwicklung, in der es der deutschen Bourgeoisie gelang, die Arbeiterklasse im kapitalistischen Interesse wiederzuvereinigen und damit den deformierten Arbeiterstaat DDR zu beseitigen.

Wohin führen Erklärungsansätze wie "Faschisierung" und "Kollektivschuld"?

Die "breite Antifa-Bewegung" soll es richten

Nach dem ultralinken Kurs der Komintern, mit dem die KPD-Sektion 1933 auf Befehl Stalins die deutsche Arbeiterbewegung kampflos dem Faschismus ausgeliefert hatte, wurde die Volksfrontstrategie Dimitroffs entwickelt. Nach dem VII. Weltkongreß 1935 wurde das Bündnis mit den "antifaschistischen Teilen der Bourgeoisie" angestrebt. Der Kampf gegen den Faschismus wurde damit von einer Klassenfrage auf eine demokratische Aufgabe reduziert. Diese Strategie brachte nur neue Niederlagen für das Proletariat - zuerst im spanischen Bürgerkrieg.

An diese Volksfront-Strategie erinnert fatal das heute in der BRD-Linken dominierende Konzept eines "breiten Bündnisses der gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte". Das Projekt einer "breiten antifaschistischen und antirassistischen Bewegung" konkretisiert die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) z.B. mit ihrem Eintreten für den "Aufbau von Komitees gegen Rassismus und Faschismus". Die folgende Erklärung dieser Gruppe ist beispielhaft für das in der Linken verbreitete Verständnis:

> "Denn der Erfolg antifaschistischer Kämpfe hängt ebenso von ihrer Entschlossenheit wie von ihrer Massenhaftigkeit ab" (Klassenkampf 98).

Zum Masse-statt-Klasse-Konzept bemerkte Trotzki sehr treffend:

> "Die Volksfronttheoretiker gehen im wesentlichen über die Anfangsgründe der Arithmetik, nämlich die Addition, nicht hinaus: die Summe von 'Kommunisten', Sozialisten, Anarchisten und Liberalen ist größer als jeder Teil für sich. Das ist ihre ganze Weisheit. Allein, die Arithmetik reicht in diesem Fall nicht aus. Es bedarf mindestens der Mechanik: das Gesetz des Parallelogramms der Kräfte ist auch in der Politik gültig: Die Resultante pflegt bekanntlich umso kürzer zu sein, je stärker die zusammenwirkenden Kräfte unter sich auseinanderstreben. Ziehen die politischen Verbündeten nach entgegengesetzten Richtungen, so kann die Resultante gleich Null sein" (Trotzki, Die spanische Lehre: Eine letzte Warnung).

Mit dem Ruf nach einer Antifa-Bewegung soll die Schwäche der Linken beseitigt werden. Das Konzept lautet "Zurückdrängen des Rassismus". Genosse Schulz von der Gruppe Revolutionäre SozialistInnen (GRS) erklärt z.B.:

> "Nötig ist der Aufbau einer dauerhaft arbeitenden breiten Bündnisbewegung. Sie muß sich auf örtliche Initiativen und Koordinationen stützen, die Aktionen und Mobilisierungen, den Aufbau von Selbstverteidigungsgruppen und die Propaganda tragen. Sie müssen vor allem gegen die Ausländerfeindlichkeit auftreten und die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot erklären. ... Die Arbeit soll sich um Kampagnen entwickeln wie einst der Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit oder 'Rühr meinen Kumpel nicht an'" (Avanti 11/91).

Und er macht seine Ziele deutlich:

> "Es geht nicht nur darum, die Terrorgruppen zu schlagen. Das Denken muß verändert werden" (ebenda).

Die Kampagnen- und Aufklärungsorientierung in der Linken lenken jedoch ab von dem, was notwendig ist. Natürlich muß in der reformistisch geführten Arbeiterbewegung und Linken Aufklärung über die Ursachen von Rassismus und Faschismus geleistet werden, doch das ist keine Taktik für den Kampf gegen die Faschisten. Wer propagiert, daß das "Phänomen" Faschismus durch eine breite Gegenbewegung, durch gute Argumente oder womöglich pädagogische Arbeit in Schulen und Jugendzentren in den Griff zu bekommen sei, der verfestigt nur die tödliche Illusion, daß Faschismus einfach eine politische Strömung unter vielen darstellt. Doch das braune Pack bekommt seinen Zulauf weniger über Argumente oder ein bestimmtes Programm, sondern es rekrutiert v.a. seine Mitglieder über Terror-Aktionen. Brutale militärische Erfolge der Nazis, wie z.B. Hoyerswerda "ausländerfrei" zu machen, sind die Grundlage, Anhänger um sich zu scharen. Faschisten sind nicht mit Aufklärung zu bekämpfen. Ihnen kann man nur da effektiv entgegentreten, wo sie ihren Terror ausüben: auf der Straße!

Forderungen wie das "Verbot der Faschisten" oder "Polizei greif ein" machen dagegen den Bock zum Gärtner. Appelliert wird hier an die bürgerliche Klassenjustiz, die gegenüber dem Faschismus jedoch nur ein taktisches Verhältnis hat. Eine sich aus der schweren gesellschaftlichen Krise entwickelnde kleinbür-

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin:	M. Martin, Postfach 210 254 W-1000 Berlin 21
Hamburg:	PLK 079 731 W-2000 Hamburg 203
Bay Area:	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
New York:	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
Toronto:	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada
Wellington:	Permanent Revolution Group PO Box 7076 Wellington South, Neuseeland

Protest gegen Rassismus (Demo in Berlin - Februar 1992)

gerliche faschistische Massenbewegung kann nicht einfach mit einem Federstrich verboten werden. Zu ihrer Vernichtung ist eine soziale, politische Gegenbewegung nötig - die Mobilisierung der Arbeiterklasse. Forderungen nach dem Verbot der Faschisten sind nicht nur wirkungslos; sie sind vor allem irreführend und schädlich. Sie lenken ab vom Proletariat als der entscheidenden Kraft, die die Nazis stoppen kann und darüberhinaus mit jeglicher Herrschaft des Kapitals Schluß macht. Die Arbeiterbewegung ist der grundsätzliche, gemeinsame Feind von bürgerlicher Demokratie und Faschismus. "Kein Fußbreit den Faschisten" muß deshalb für die Linke und Arbeiterbewegung heißen, selber den Nazis jegliche Versammlungs- und Propagandamöglichkeiten zu nehmen. Faschisten haben kein Recht, weder in Wahlkämpfen noch in Talkshows, weder in Zeitungen noch durch Aufmärsche, ihre Völkermordhetze zu vertreten.

Die Nazi-Banden zerschlagen, solange sie noch schwach sind

Formell macht die SAG den gleichen Punkt wie wir: "Kampf dem Nazi-Terror auf den Straßen, gegen den Einzug faschistischer Parteien in Parlamente" (KK 99). Doch das, was sie mit "Kampf" in diesem Zusammenhang meint, reduziert sich dann doch auf das Gegenpropaganda-Konzept:

> "Denn die Nazis können in ihrem Aufbau letztendlich nur gestoppt werden, wenn es der antifaschistischen Bewegung gelingt, den harten Kern der Nazi-Organisationen, den es im Kapitalismus immer gibt, von ihrem weichen Umfeld zu trennen und ihn somit *politisch* zu isolieren" (Argumente für den Kampf gegen Rassismus und Faschismus).

Auch wenn die SAG schreibt, daß sich ein "radikaler, entschlossener Flügel in der Antifa-Bewegung" der passiven Taktik von "vorsichtigen, staatsgläubigen Kräften von SPD, Gewerkschaften, Grünen usw. ..." nicht unterwerfen dürfe, lief es in ihrer reformistischen Praxis bislang immer darauf hinaus, eine Protest-Demo oder symbolische Mahnwachen aufgrund ihrer "Massenhaftigkeit" der direkten Aktion gegen die Nazis vorzuziehen. Diese Haltung teilt die SAG mit dem Großteil der linken Organisationen. Ihre "Begründung" endet, genauso wie bei DKP, MLPD und anderen, mit einer Denunziation der "autonomen Antifa":

> "Nacht-und-Nebel-Aktionen (!) gegen Nazis leisten nur einen Vorwand zur Verstärkung der Polizei und isolieren die Antifaschisten. Nur in einer Einheitsfront haben Revolutionäre die Möglichkeit, mit möglichst vielen Menschen zu diskutieren und sie für unsere Ideen zu gewinnen" (KK 99).

Die autonomen Antifa-Bündnisse haben zumindest erkannt, daß die Nazis nicht dadurch zu stoppen sind, daß man "mit möglichst vielen Menschen diskutiert". Ihren Aktionen ist es oftmals zu verdanken, daß überhaupt konkret gegen Nazi-Aufmärsche vorgegangen wird. Das Problem, vor dem auch diese Bündnisse stehen, besteht allerdings darin, daß der Versuch, die Faschisten auf der Straße zu stoppen, auch immer heißt, mit dem Staatsapparat konfrontiert zu werden. Die Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht dann selbst als "Antifa-Kampf" zu führen, ist nicht nur falsch, sondern endet in der Regel mit demoralisierenden Niederlagen in Form von verletzten Demonstranten und Verhaftungen. So wird es nie gelingen, diejenigen zu mobilisieren, die zwar die Notwendigkeit erkannt haben, im Kampf gegen die Nazis Hand anzulegen, aber andererseits nicht bereit sind, ohne Erfolge bei der Zerschlagung der Faschisten im Knast zu landen.

Aktionseinheiten der Linken, auch wenn sie zunächst zahlenmäßig klein sind, können durchaus effektiv gegen Nazis agieren. Perspektivisch jedoch wird ein Vorgehen nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, die bisher sozialdemokratisch geführten Arbeiter zu eigenständigen Aktionen gegen den Faschismus zu mobilisieren. Die soziale Kraft organisierter Teile der Arbeiterbewegung ist unerläßlich, um das Nazi-Pack, trotz Polizeischutz, an ihrem Terror zu hindern und zu zerschlagen. *Gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen* zum Schutz eines Immigrantenwohnheims, einer Streikpostenkette oder eines Gewerkschaftshauses sind eine Chance, in der Arbeiterklasse die Einsicht zu verankern, daß die braune Pest nicht mit Hilfe des bürgerlichen Staates zu stoppen ist. Nach dem Terror in Hoyerswerda haben sich z.B. Patenschaften für Immigrantenwohnheime unter Beteiligung von Gewerkschaftsgruppen gebildet. Solche und ähnliche Ansätze gilt es aufzugreifen und gegen die abwiegelnde sozialdemokratische Führung, die hier nur friedlich mahnen will, weiterzutreiben.

Die rassistische Hetze der bürgerlichen Demokraten

Wer den Kampf gegen Nazis, wegen der "Breite", in einen Kampf für das Ideal der bürgerlichen Demokratie umbiegt, führt die Arbeiterbewegung in die Nie-

derlage. Um die Klassenausbeutung aufrechtzuerhalten und zu verschärfen, muß die Bourgeoisie demokratische Rechte einschränken. Das ist, wie schon ausgeführt, kein Ausdruck einer "Faschisierung", sondern Bestandteil der bürgerlichen Herrschaft. Aufgabe von Kommunisten ist es, die demokratischen Forderungen mit sozialistischen Zielen zu verbinden.

Die "Asyldebatte" wurde v.a. initiiert, um von den Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung abzulenken. Der Rechtsruck in der BRD findet seinen Ausdruck nicht zuletzt in der Politik der parlamentarischen "Opposition" und des DGB, die eine Politik der "Großen Koalition" verfolgen. Der SPD-Vorsitzende Engholm spricht von einer "Asylantenschwemme", die eine "für Deutschland lebensentscheidende Frage" sei; Lafontaine ist der Vorreiter der "Sammellager-Lösung". Die Debatte über eine Grundgesetzänderung in den bürgerlichen Medien ist eine Scheinauseinandersetzung, denn in der Praxis ist sich die SPD mit der Regierung einig - gemeinsam für beschleunigte Abschiebungen und Zuwanderungsgesetz! Und trotz ihrer rassistischen Propaganda besaß die sozialdemokratische Führungsriege nach dem Debakel der letzten Landtagswahlen die Frechheit, zu argumentieren ausschließlich Kohls Partei habe Republikanern und DVU die Schleusen geöffnet. Nicht nur der Frankfurter Grüne Cohn-Bendit fordert eine Quotenregelung für Asylbewerber und eine Verschärfung des Asylverfahrens. Die Quoten sollen von der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängig gemacht werden. Mit dieser Forderung erklärt sich das Kapitalistenblatt "Wirtschaftswoche" durchaus einverstanden. Hier wird ständig betont, daß Deutschland sehr wohl billige Arbeitskräfte aus dem Ausland brauche.

Auch die sozialdemokratischen Führungen der DGB-Gewerkschaften beteiligen sich an der rassistischen Stimmungsmache. So widerspricht zwar die ÖTV-Führung der Auffassung, daß die Asylbewerber die "vorhandenen Mißstände" (ÖTV-Magazin 11/91) zu verantworten hätten. Doch hat sie andere Sündenböcke gefunden: Schuld ist die "ungebremste Aufnahme von Aussiedlern aus Osteuropa". Dieses niederträchtige Ausspielen von Aussiedlern gegen Asylbewerber will die ÖTV auch gleich in Form einer "sozialverträglichen Einwanderungspolitik" in die Praxis umgesetzt sehen. "Zuwanderungsquoten" in Absprache mit der EG heißt daher ihre Devise. Auch im GEW-Beschluß vom 26. Oktober 1991 spricht man sich getreu der SPD-Linie gegen eine Grundgesetzänderung aus, aber nur um anschließend eine "Regulierung der Einwanderung" (Erziehung und Wissenschaft 12/91) und eine Beschleunigung der Asylverfahren zu verlangen.

Die Eisenbahnergewerkschaft GdED beteiligt sich an der Asyldebatte, indem sie das Katastrophenbild der "Flüchtlingsflut" relativiert. So wird dargelegt, daß "nur eine vergleichsweise winzige Welle der weltweiten Flüchtlingsflut in Deutschland strandet" (Der deutsche Eisenbahner 11/91). Diese "beruhigende Erkenntnis" unterscheidet sich nur wenig vom Argument "Das-Boot-ist-voll". Es überrascht deshalb auch nicht, daß der Regierung vorgeworfen wird, noch "kein konkretes Handlungskonzept zur Straffung und Beschleunigung der Asylverfahren" zu haben. Geradezu "ausländerfreundlich" äußert "Der deutsche Eisenbahner" schließlich: "Wer bei uns Asyl sucht, muß sicher sein vor Angriffen auf Leib und Leben". Doch über die entscheidende Frage, wie dies zu gewährleisten ist, schweigt sich der GdED-Vorstand aus, der wie alle DGB-Gewerkschaften noch keinen Finger gerührt hat, gegen die faschistischen Aufmärsche zu mobilisieren. Skandalöserweise haben Faschisten dagegen das Recht im DGB zu verbleiben, sofern sie keine Funktion in rechtsextremistischen Gruppierungen ausüben.

Bleiberecht und "Offene Grenzen"

Der Rechtsruck in der BRD spiegelt sich auch in der Linken wider, die auf der Suche nach "Massenwirksamkeit" den Anschluß nicht verlieren will. In der Frage der Rechte von Immigranten und Asylsuchenden zeichneten sich noch vor wenigen Jahren die konsequenteren Reformisten dadurch aus, daß sie statt des "kommunalen Wahlrechts für Ausländer" das allgemeine Wahlrecht forderten. Heute bleibt der kleinste gemeinsame Nenner, den die linken Taktiker anstreben: die Forderung nach dem Bleiberecht. Die deutsche Linke ist heute derart in die Ecke gedrängt - durch die Asyldebatte im Bundestag, durch Medienkampagnen und Umfragen, die die Ausländerfeindlichkeit als Grundhaltung der gesamten BRD-Arbeiterklasse suggerieren, sowie durch die eigenen Zweifel am "schlechten Deutschen" -, daß sie es gar nicht erst wagt, mehr als das Bleiberecht zu fordern. In unserem Flugblatt im November 1991 schrieben wir dazu:

> "Zweifellos wäre es (verglichen mit der aktuellen Abschiebepraxis) ein Fortschritt, wenn Asylbewerber sich auf ein Recht berufen könnten hier zu bleiben. Es ist allerdings falsch, sich auf eine Forderung zu beschränken, die einzig und allein Abschiebungen verhindern soll. Denn ausschließlich Bleiberecht zu fordern, bedeutet auch: den bürgerlichen Status zweiter und dritter Klasse für Immigranten zu akzep-

1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to base one's program on the logic of the class struggle; to be bold when the hour for action arrives—these are the rules of the Fourth International."

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

Englischsprachiges Organ der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Nr. 11

Aus dem Inhalt:

- Three Days in August
  Soviet Rubicon and the Left
- Smash Yankee Imperialism!
  Defend Cuba!
- First the Wall...Then the Factories
  DDR Junked
- Trotskyist Program for East German Workers

Zu beziehen über Redaktionsanschrift (in Briefmarken beizulegen: DM 3,- + Porto DM 1,80)

tieren und damit in Kauf zu nehmen, daß ihnen demokratische Rechte verweigert werden: kein gleiches Recht zu arbeiten; kein Recht darauf, sich den Wohnsitz aussuchen zu können; kein Recht auf Zugang zu allen sozialen Leistungen; kein Wahlrecht. Viele Reaktionäre können Immigranten akzeptieren, solange ihnen nur Bleiberecht gewährt wird, sie für niedrige Löhne arbeiten und die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten machen" (Nur die Arbeiterklasse kann die faschistischen Mörderbanden schlagen!/06.11.91).

Die Forderung nach Bleiberecht mit der nach "automatischer Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft" zu verbinden, macht die Sache nicht besser. Viele Immigranten wollen verständlicherweise ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beibehalten, die sie aber mit einer solchen "Leistung" in der Regel "automatisch" verlieren würden. Wer hier lebt, soll die gleichen Rechte haben - Punktum! Jede andere trickreiche demokratische "Taktik" ist ein Zugeständnis an die Rassisten.

Einige der Strömungen, die diese reformistische Reduktion auf das Bleiberecht mitmachen, versuchen ihre Bauchschmerzen zu kurieren, indem sie "Offene Grenzen" fordern. An wen sich diese Forderung richtet, bleibt unklar und das ist nicht zufällig: Eine *Abschaffung* der nationalen Grenzen im Rahmen des bürgerlichen Systems ist utopischer Nonsens; die *Öffnung* der Grenzen unter einer bürgerlichen Regierung erfolgt nur, wenn sie den imperialistischen Interessen dient - Genscher nennt das "Überwindung der Grenzen", die Schlesische Landsmannschaft fordert bereits offen die Grenzen von 1937 ein.

Die Grenzen gegen den Willen der Herrschenden zu öffnen, erfordert die Beseitigung von BGS, Polizei und Armee - ist ergo nur zu bewerkstelligen mit der Beseitigung des kapitalistischen Staates insgesamt. Das hieße aber Revolution. Die wird aber im nächsten Moment zerschlagen, wenn das aufständische Proletariat nicht unmittelbar seine Grenzen gegen die Truppen des Kapitals sichert. Die Parole "Offene Grenzen" ist also utopisch und läuft ins Leere. Sie ist ein so hilfloses Bekenntnis wie die "Nie wieder Deutschland"-Losung, rechnet mit der erzieherischen Wirkung auf den "guten Menschen" oder ist einfach Ausdruck eines tiefen historischen Pessimismus.

Daß die Arbeiterbewegung in Deutschland angeblich sowieso nichts verändern könne, kann man z.B. in einem Flugblatt der "Initiative gegen Rassismus, Berlin" nachlesen. In diesem Flugblatt wird für

"Offene Grenzen, Bleibe- und Existenzrecht für alle Flüchtlinge und MigrantInnen"

eingetreten und darauf spekuliert, daß

"... die unkontrollierte Einwanderung aus den drei Kontinenten und Osteuropa das krisenhafte Modernisierungsmodell der Metropolen im Innern selbst ernsthaft gefährden (könnte). Einen Vorgeschmack der sozialen Kampfdynamik geben die Aufstände der 2. und 3. Generation der 'MigrantInnen' in den französischen Vor- und Kleinstädten, die seit Jahren anhaltenden Kämpfe der Schwarzen in Britain, oder die Besetzungsaktion der zehntausende zählenden schwarzen Illegalen in Italien. Selbst in der BRD beginnen sich neue soziale Prozesse herauszuschälen, die kaum mehr integrierbar sind" (Aufruf zur Demonstration am 30. Oktober 1991).

Diese vielversprechende "soziale Kampfdynamik" hat ihre "Schlagkraft" jedoch in schon zu vielen, von den Autonomen und Anarchisten unterstützten, spontanen Bewegungen bewiesen - erinnert sei nur an das Desaster der "Hausbesetzer-Bewegung".

Kommunisten sind gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen der Bourgeoisie. Die Verschärfung der Asylgesetze muß bekämpft werden. Die willkürliche Differenzierung zwischen "politischen Flüchtlingen" und "Wirtschaftsflüchtlingen" ist Teil der rassistischen Kampagne. *Das Recht auf Asyl muß verteidigt werden!* Es muß Schluß gemacht werden mit der Ghettoisierung und den Sammellagern, die Arbeitserlaubnissperre für Asylsuchende muß fallen! Die Senkung des Lebensstandards und die Angriffe auf die demokratischen Rechte werden nur zurückzuschlagen sein, wenn es gelingt, die nationalistische Spaltung der Arbeiterklasse zu durchbrechen. Wie die gegenwärtige Streikwelle zeigt, kämpfen die Arbeiter unterschiedlicher Nationalität in Deutschland gemeinsam um die Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen. Die Antwort auf den staatlich geschürten Rassismus und Nationalismus, die verankert werden muß, lautet: *Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!*

Der Kampf für die Rechte der Immigranten richtet sich nicht nur gegen den "offiziellen" bürgerlich-demokratischen Rassismus. Die notwendige politische und physische Verteidigung der Immigranten ist darüberhinaus ein wichtiger Aspekt bei der Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Zerschlagung der aufkommenden braunen Pest. ■

Inhalt:

- Die DDR-Intervention der SpAD/IKL
- Zur Geschichte der iST/IKL
- Zur internen Situation der TLD/SpAD Dez. 1989 - März 1990

Zu beziehen über Redaktionsanschrift (in Briefmarken beizulegen: DM 5,- + Porto DM 1,80)